KÜHN GIBT SCHWARZEN PETER AN DIE HOCHSCHULEN ZURÜCK,
==========

ES BLEIBT IM GRUNDE ABER ALLES BEIM ALTEN :
==========

.....

Diese Gesellschaft hat auch Forderungen an die Universität. Unser Nachwuchs in Wirtschaft, Technik und Verwaltung muß qualifiziert und demokratisch ausgebildet sein. Qualifikation als Sachqualifikation ohne demokratisches Bewußtsein führt zur Technokratie, wenn nicht zu Schlechterem. Demokratisches Bewußtsein ohne sachlich-fachliche Qualifikation muß zum Zusammenbruch unserer hochkomplizierten Wirtschaft, Industrie und Verwaltung führen. Hier liegt unsere Aufgabe. DABEI WIRD SICH DER STAAT HÜTEN, SOZUSAGEN IN DIE UNIVERSITÄT HINEINREGIEREN ZU WOLLEN. ER IST JEDOCH BERECHTIGT UND VERPFLICHTET, DEN ORGANISATORISCHEN RAHMEN ZU SCHAFFEN, FÜR DEN RÄUMLICHEN AUSBAU ZU SORGEN UND DIE QUALIFIZIERTE UND DEMOKRATISCHE MITWIRKUNG ALLER HOCHSCHULANGEHÖRIGEN AN DEN ENTSCHEIDUNGEN IN DER UNIVERSITÄT DURCHZUSETZEN. Wenn, wie dies kürzlich geschehen ist, von höchster professoraler Warte aus besorgt gefragt wird, ob man denn nicht zuviel reformiert - wobei ich hinter solchen Fragen die Angst um einen überkommenen Besitzstand zu spüren vermeine, "Besitzstand" in des Wortes mannigfacher Bedeutung - dann möchte ich an die Empfehlungen des Wissenschaftsrates aus 1960 erinnern. Da heißt es nachdrücklich, daß es sich beim Ausbau der Hochschulen nach der Mitte des 2o. Jahrhunderts nicht mehr um bloße Reformen, sondern um Neugestaltung großzügiger Art handeln muß. DIE AUTONOMIE DER HOCHSCHULEN SOLLTE SICH DARIN BEWEISEN, DASS VON IHNEN ENDLICH DER BEITRAG ZU EINER INHALTLICH EN UND QUALITATIVEN NEUGESTALTUNG VON STUDIUM, LEHRE UND FORSCHUNG KOMMT, DENN DAS IST ZUVÖRDERST SACHE DER HOCSCHULE SELBST . Der Gesetzgeber kann diese Probleme nicht allein und nicht einmal zuvörderst lösen. ER WIRD ALLERDINGS DURCH DIE ENTWICKLUNG MODERNER BERUFSBILDER UND DIE MODERNISIERUNG VON IHM GESETZTER PRÜFUNGSORDNUNGEN AUCH SEIN TEIL ZU DIESEM PROBLEM DER HOCHSCHULREFORM BEIZUSTEUERN HABEN. .....

Ich habe den Eindruck, daß, kräftig angestoßen durch die Gesetzgebungsabsichten im Lande Nordrhein-Westfalen, die wissenschaftlichen Hochschulen unseres Landes ihre eigenen Reformüberlegungen sehr zu aktivieren begonnen haben. Für die neue Universität Bielefeld ist eine vom Gründungsausschuß erarbeitete Satzung vorgelegt worden, die für die endgültige Gestaltung des Gesetzgebungswillens dieses Hauses sachlich von Bedeutung sein wird. Ich kann nur hoffen, daß es gelingt, durch REFORMWILLIGE ZUSAMMENARBEIT VON PROFESSOREN, ASSISTENTEN und STUDENTEN die wichtigsten Schritte im Sinne einer zukunftsorientierten Hochschulreform an den Hochschulen selbst einzuleiten. Dies könnte für die im Herbst beginnenden Landtagsberatungen und für die endgültige Gestaltung des Hochschulgesetzes von größter Bedeutung sein.

.....
.....

(Wortlaut der Erklärung vom 11.6.1969)